

DIE XXL-UBS IST EIN MEGARISIKO FÜR DIE SCHWEIZ

Der massive Filz zwischen bürgerlichen Politiker:innen und der Finanzindustrie hat zum CS-Debakel geführt. Mit der XXL-UBS ist die Schweiz heute eine gefährliche Hochrisikozone. Gleichzeitig bereichern sich die UBS-Banker dank der faktischen Staatsgarantie auf Kosten der Steuerzahler:innen.

Das fordert die SP jetzt

- Höhere Eigenkapitalanforderungen:** Die UBS in ihrer aktuellen XXL-Form ist ein nicht tragbares Risiko für die Schweizer Volkswirtschaft. Die UBS muss verkleinert und durch höhere Eigenkapitalanforderungen krisensicherer gemacht werden.
- Abgeltung Staatsgarantie:** Die indirekte UBS-Finanzierung via Staatsgarantie von jährlich bis zu 45 Milliarden muss abgegolten werden. Steuerzahler:innen dürfen nicht länger die Zeche zahlen.
- Schluss mit dem Filz:** Bezahlte Mandate von Banken für Parlamentarier:innen gehören untersagt und die Parteifinanzierung durch die UBS muss verboten werden.

Systematische Schwächung der Finma

Beobachter:innen und bürgerliche Politiker:innen suchen die Schuld für das CS-Debakel bei der Finma. Dabei wurde diese in den letzten Jahren systematisch geschwächt und attackiert. Der Grund: Bürgerliche Parteien wollen keine starke Bankenaufsicht.

- 2018 verabschiedete das Parlament die von SwissBanking unterstützte Motion Landolt. Die Forderung: «Eine effektive Gewährleistung der politischen Steuerung und Kontrolle der Finma» (17.3317). Das Ziel: **Der Bundesrat unter Finanzminister Ueli Maurer sollte die Finma stärker kontrollieren können. Die Umsetzung dieser Motion führte 2019 zu einer Verordnung, die die Unabhängigkeit der Finma stark einschränkte.**
- Parallel dazu gab es **verschiedene Vorstösse** mit einem gemeinsamen Nenner: **Der Finma verbieten, mittels Verordnungen und Rundschreiben die Finanzbranche zu regulieren**, z.B.:
 - Ettlín: «Finanzmarktaufsicht soll sich auf ihren Kernauftrag fokussieren» (18.3612)
 - Rutz: «Entspricht die Aufgabenerfüllung der Finma noch dem Willen des Gesetzgebers?» (17.3579)
 - Germann: «Transparenz über Regulierungskosten durch Finma-Rundschreiben» (17.3620)
- **2023 lehnte der SR eine Motion der WAK-S ab**, welche die Finma stärken wollte, u.a. mit einem Senior-Manager-Regime, der Kompetenz, Bussen zu verhängen und die Ergebnisse von Banken-Stresstest öffentlich zu machen. (23.4336)

Gemäss aktuellem Sotomo-Wahlbarometer ist **das grösste Ärgernis der Bevölkerung: Managerlöhne und Boni-Exzesse.**

Wie die UBS bürgerliche Parteien kauft (Zahlungen im Jahr 2023):

1. SVP: 241'000 CHF
2. FDP: 195'000 CHF
3. Mitte: 173'000 CHF
4. GLP: 66'000 CHF

Totale Summe: 675'000 CHF.

10 von 14 PUK-Mitgliedern kommen aus Parteien, die Geld von der UBS bekommen.

Drei Zahlen aus dem PUK-Bericht:

32 Mrd.

So viel Boni erhielten CS-Manager in zehn Jahren

Implizite Staatsgarantie entspricht einer jährlichen UBS-Subvention von bis zu

45 Mrd.¹

Das bedeutet Kosten von 8'400 CHF pro Steuerzahler:in.

Bilanz der XXL-UBS beträgt ca.

das Doppelte
des Schweizer BIP

¹ Bericht Bundesrat Bankenstabilität (April 2024), Seite 155.

Was Expert:innen zum Mega-Risiko UBS sagen

«Man wird sich womöglich auch auf eine Verschärfung der Vorschriften beim Eigenkapital und bei der Liquidität verständigen können [...]. Realistisch und sinnvoll wäre dabei beispielsweise eine Erhöhung auf **zehn Prozent hartes Eigenkapital.**»

Peter V. Kunz, Wirtschaftsrechtler, bei SRF am 13. April 2023

«**Die Bilanz der UBS ist [...] viel zu gross für die Schweiz.** Wir hatten in der Vergangenheit zweimal einen Grossunfall mit Grossbanken. Wir können uns das Risiko schlicht nicht noch ein drittes Mal leisten.»

Aymo Brunetti, Ökonom, im Tages-Anzeiger am 27. Mai 2023

«Die seit Monaten anhaltende Kritik an der Finma ist deshalb völlig überzogen. Wenn wir erwarten, dass eine staatliche Behörde eine Krise verhindern muss, hat die Bank keinerlei Anreiz mehr, die Risiken streng zu kontrollieren. **Geht etwas schief, kann sie nämlich immer nach Bern zeigen und sagen: Ihr seid schuld!**»

Tobias Straumann, Wirtschaftshistoriker, in der NZZ vom 15. Januar 2024

Weiteres Vorgehen

Der aktuelle Zeitplan des Bundesrates zur Überarbeitung der TBTF-Vorlage sieht vor, dass diese erst in Richtung 2030 in Kraft gesetzt werden kann (Verabschiedung Botschaft Ende 2026 zuhanden des Parlaments, Beginn parlamentarische Beratung 2027). Dieser Zeitplan ist angesichts des Risikos durch die XXL-UBS für die Schweizer Volkswirtschaft und die Bevölkerung komplett verantwortungslos.